

Antrag

der AfD-Fraktion

„Stirbt die PCK, dann stirbt auch die Region!“ - Weiterbetrieb der PCK-Raffinerie in Schwedt sichern

Der Landtag stellt fest:

Eine Versorgungssicherheit ohne den Weiterbetrieb der PCK-Raffinerie Schwedt ist für den Nordosten der Bundesrepublik Deutschland und Westpolen nicht gegeben. Zudem stehen tausende Arbeitsplätze vor dem Aus, wenn die Anlage geschlossen würde.

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. sich auf allen Ebenen für den fortlaufenden und uneingeschränkten Betrieb der PCK-Raffinerie Schwedt, für die Weiterversorgung des Werkes über die von Russland kommende Pipeline „Druschba“ und die Ausnahme der fünf neuen Bundesländer von einem Embargo einzusetzen,
2. sich im Falle eines Lieferstopps oder Embargos für russisches Erdöl auf allen Ebenen und mit allen verfügbaren Mitteln dafür einzusetzen, den Betrieb der PCK-Raffinerie Schwedt durch andere Lieferströme aufrechtzuerhalten,
3. für den Fall von (Teil-)Schließungen einen finanziellen Ausgleich für die Arbeitnehmer der PCK-Raffinerie Schwedt und von ihr abhängigen Betriebe zu schaffen.

Begründung:

Seit 60 Jahren erfolgt die Lieferung von Rohöl aus Russland über die Pipeline „Druschba“ problemlos. Eine Einstellung der Lieferung hätte fatale Folgen für die allgemeine Energieversorgungslage in Deutschland und insbesondere in Brandenburg. 90 Prozent der fossilen Brennstoffe stammen weit über die Landesgrenzen hinaus aus Schwedt, ebenso wie 100 Prozent des Kerosins für den Berliner Flughafen BER. Könnte es zu Kompensationen durch den Shell-Konzern kommen, sind diese zu begrüßen, doch erzwingen diese Kompensationen nicht, alle Brücken nach Russland abzurechen.

Ad 1 und 2: Insgesamt bezieht die Bundesrepublik Deutschland - nach Angaben der PCK-Werke - 25 Prozent seiner Rohölversorgung über die „Druschba“. ¹ Die PCK-Raffinerie selbst wiederum ist auf die Verfügbarkeit russischen Schweröls derzeit zu 100 Prozent angewiesen. Insgesamt stammten 35 Prozent des in Deutschland verbrauchten Erdöls bis zum Kriegsausbruch in der Ukraine aus Russland. Ein EU-weites Öl-Embargo als Sanktion gegen Russland bleibt umstritten, auch wenn der grüne Wirtschaftsminister Habeck begeistert seine Zustimmung signalisiert. Auch mit dem zu beschließenden EU-Sanktionsdurchsetzungsgesetz zeigt sich einmal mehr das entmündigende Wesen der EU. Ungarn, die Slowakei sowie Tschechien sehen große Probleme bei einem Öl-Embargo wegen der zu erwartenden Versorgungsunsicherheiten. Deutschland sollte diese Position unterstützen, statt über die EU Druck auszuüben.

Hinzu tritt: Das Vorhaben der Bundesregierung, den russischen Staatskonzern Rosneft hinsichtlich seiner über 54 Prozent (plus Anrecht auf 37 Prozent) Anteile an der PCK-Raffinerie in Schwedt zu enteignen oder im Falle einer diesbezüglichen rechtlichen Unmöglichkeit anderweitig einzuschränken, stellt auch andere Raffineriestandorte unter Druck.

Die deutsche Bevölkerung muss angesichts der gegenwärtigen politischen Lage ohnehin mit einem weiteren Anstieg der im europäischen Gesamtvergleich ohnehin schon hohen Preise für Mobilität und Wärme rechnen - eine Belastung, die viele bereits in wirtschaftlicher Bedrängnis befindliche Haushalte an den Rand des Ruins bringen dürfte. In dieser Lage bedarf es der Sicherstellung der Versorgung, keiner juristischen Spiele, um der Gefahr eines partiellen Ausfalls kritischer Infrastrukturen des Versorgungswesens zu begegnen.

Dabei scheint Minister Habeck die Notwendigkeit einer Lösungsfindung durchaus bewusst zu sein: „Wenn wir russisches Öl nicht mehr haben wollen, dann brauchen wir dafür - für Schwedt - eine Alternative, und diese Alternative zu entwickeln ist Aufgabe der nächsten Tage [...], ich hoffe, nur noch Tage.“ ² Zwar führte Habeck kurz darauf eine Belieferung der PCK-Raffinerie über den Rostocker Hafen als Möglichkeit ins Feld. Zugleich sprach er hierbei jedoch von einer „kritische[n] Grenze, die nicht unterschritten werden darf, weil dann kann die Raffinerie nicht mehr betrieben werden.“ ³ Dass eine von Rostock kommende Versorgung also nicht den Gesamtbedarf der PCK-Raffinerie zu decken vermag, steht demzufolge auch dem Minister offenkundig vor Augen.

Ad 3: Auf dem Spiel stehen mindestens 1.200 Arbeitsplätze, die vom Weiterbetrieb der PCK-Raffinerie unmittelbar und weiterer Arbeitsplätze, abhängen. Die ökonomischen und sozialen Auswirkungen einer Streichung dieser Stellen würden nicht nur die Stadt Schwedt selbst, sondern die gesamte Uckermark, Berlin und Brandenburg sowie weite Bereiche Westpolens schwer treffen, da der sekundäre und der tertiäre Bereich ebenfalls vom Wegfall der primären Rohstoffgewinnung betroffen wären.

¹ Vgl. „Ohne Öl aus Russland steht PCK-Raffinerie Schwedt vor ‚schwieriger Situation‘“, in: <https://www.rbb24.de/studiofrankfurt/politik/2022/03/russland-oel-pck-schwedt-rosneft-sanktionen-lieferungen-schwierig.html> (27.03.2022), abgerufen am 28.04.2022.

² Vgl. „rbb24 Brandenburg aktuell vom 26.04.2022“, in: https://www.rbb-online.de/brandenburgaktuell/archiv/20220427_1930.html (26.04.2022), abgerufen am 28.04.2022.

³ Vgl. „rbb24 Brandenburg aktuell vom 27.04.2022“, in: https://www.rbb-online.de/brandenburgaktuell/archiv/20220427_1930.html (28.04.2022), abgerufen am 28.04.2022.

Es soll nicht verschwiegen werden, dass es realistische Stimmen aus der Region auch aufseiten von Mitgliedern der Brandenburger Regierungsparteien gibt. Die Sicht der uckermärkischen Landrätin Karina Dörk (CDU) stellt sich wie folgt dar: „Für Brandenburg, aber auch für viele Teile Polens, ist es wichtig, dass dort [Schwedt] weiter produziert wird, und insofern bin ich auch dem Bundeskanzler dankbar dafür, dass er es bisher geschafft hat, dafür zu sorgen, dass die Gas- und Öllieferungen auch weiterhin hier in der Art und Weise vollzogen werden“.⁴

Ähnlich äußern sich in einer gemeinsamen Pressemitteilung der SPD-Bundestagsabgeordnete Stefan Zierke, der brandenburgische SPD-Landtagsabgeordnete Mike Bischoff, die SPD Uckermark sowie die SPD Schwedt. Diese „fordern Weitsicht statt Kurzsicht und verlässliche Perspektiven für die Schwedter Raffinerie“ und betonen dabei, dass „ein Embargo [...] massive volkswirtschaftliche Schäden hinterlassen und die Menschen noch mehr als jetzt finanziell belasten würde“.⁵ Ebendiese Schäden abzuwenden und die deutsche Bevölkerung vor weiter ansteigenden finanziellen Belastungen zu schützen, muss jedem politisch Verantwortlichen Anliegen und Auftrag sein.

Die Verantwortung der EU zu überlassen, wie sich Herr Ministerpräsident Woidke beim Bürgerdialog in Angermünde äußerte, kommt nicht infrage - es sind unsere Brandenburger Arbeitnehmer, für die wir uns einzusetzen haben.

⁴ Vgl. „rbb24 Brandenburg aktuell vom 27.04.2022“, in: https://www.rbb-online.de/brandenburgaktuell/archiv/20220427_1930.html (28.04.2022), abgerufen am 28.04.2022.

⁵ „Kein Öl-Ausstieg ohne zuverlässige Perspektive. SPD steht an der Seite des Industriestandortes Schwedt“, Pressemitteilung von Stefan Zierke, Mike Bischoff, SPD Uckermark und SPD Schwedt vom 22.04.2022.